

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Omid Najafi und Delia Klages (AfD)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz namens der Landesregierung

Förderung des Umweltministeriums für das Motorradlärm-Projekt in Holzminden (Teil 1)

Anfrage der Abgeordneten Omid Najafi und Delia Klages (AfD), eingegangen am 19.05.2023 - Drs. 19/1401
an die Staatskanzlei übersandt am 22.05.2023

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz namens der Landesregierung vom 22.06.2023

Vorbemerkung der Abgeordneten

Wie das Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz am 06.04.2023 mitteilte, hat Umweltminister Christian Meyer am selben Tag „ein Projekt zum Motorradlärm der Deutschen Umwelthilfe (DUH) in Bevern im Landkreis Holzminden besucht. Das Projekt ‚Gegen Motorradlärm und zur Entwicklung kommunaler Lärminderungs-Konzepte‘ wird vom Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz mit 100 000 Euro gefördert.“¹ Im Internet findet sich ein Auftritt des „Bundesverbands gegen Motorrad-Lärm“ - www.motorradlaerm.de - mit dem Logo des Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz als Förderer². Die Verlinkung führt ihrerseits nicht zur Hauptseite des Ministeriums, sondern zu einem älteren Artikeleintrag über Schallschutz aus den Jahren 2011/2020³. Der Projektträger von www.motorradlaerm.de betreibt auf der Internetseite ein deutschlandweites Meldeportal für sogenannte Motorrad-Lärm-Hotspots. Dieses Portal wurde ursprünglich von der Berliner Zeitung *taz* und dem BUND Arbeitskreis Motorradlärm im Rems-Murr-Kreis initiiert und wird seither von der DUH unterstützt⁴.

Vorbemerkung der Landesregierung

Das Thema Motorradlärm und Schutz der Anwohner*innen von besonders intensiv befahrenen Strecken war in der vergangenen Wahlperiode immer wieder Thema im Landtag. So förderte etwa das Wirtschafts- und Verkehrsministerium Lärmdisplays für die Kommunen.

Über die politische Liste von SPD und CDU wurden für den Doppelhaushalt 2022/2023 jeweils 50 000 Euro zur Förderung eines Projektes im Zusammenhang mit Motorradlärm zur Verfügung gestellt. Die Deutsche Umwelthilfe e. V. hat am 24. Mai 2022 einen Zuwendungsantrag beim Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz (MU) auf Förderung eines Projektes eingereicht.

Das Projekt setzt sich aus drei Komponenten zusammen:

1. Aufbau und Pflege einer Internetseite als Wissensbasis,
2. Vernetzung und Verbreitung durch Öffentlichkeitsarbeit (Durchführung einer Fachveranstaltung in Niedersachsen),

¹ <https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/pressemitteilungen/umweltministerium-unterstutzt-projekt-gegen-motorradlarm-mit-100-000-euro-221277.html>

² <https://motorradlaerm.de/>

³ <https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/themen/larmschutz/schutz-vor-larm-89061.html>

⁴ <https://taz.de/Schwerpunkt-Motorradlaerm/t5613160/>

3. Initiierung und Unterstützung eines Pilotprojekts in Niedersachsen.

Ziel ist es, verkehrspolitischen Bürgerinitiativen Know-how, Forschungsergebnisse und Lösungsansätze gebündelt und leicht verfügbar auf einer zentralen Internetseite zur Verfügung zu stellen. Beilligt wurde das Projekt in der letzten Legislaturperiode am 14. Juli 2022.

1. Mit welchen Personen des Projektträgers, der Kommune oder der Polizei ist Umweltminister Meyer am 06.04.2023 vor Ort nachweislich zusammengetroffen?

Minister Meyer traf sich am 6. April 2023 auf Einladung der Bürgerinitiative zu einem Termin mit Vertreterinnen und Vertretern der Bürgerinitiative „Motorradlärm Weserbergland e. V.“. Diese hatte auch Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalpolitik und der Behörden eingeladen. Daran nahmen Edith Götz, Markus Renner und Heinrich Wenisch für die Bürgerinitiative teil. Die Gemeinde Bevern war durch ihren ehrenamtlichen Bürgermeister Burkhard Dörrier vertreten, ebenso Vertreterinnen und Vertreter aus dem Kreistag, u. a. Uwe Schünemann, Dirk Reuter, Sabine Echzell und Wulf Kasperzik. Für die Landesstraßenbaubehörde nahm Markus Brockmann teil. Die Einladung erfolgte durch die Bürgerinitiative.

2. Gab es eine vorangegangene Projektausschreibung des Ministeriums oder einen initiativen Förderantrag seitens der Projektträger? Welche Kriterien haben - und auf welcher gesetzlichen Grundlage - dazu beigetragen, konkret das bezeichnete Projekt zu fördern?

Bei der Förderung des Projektes „Gegen Motorradlärm: Wir vernetzen Expertise mit Aktivist*innen und Betroffenen“ der Deutsche Umwelthilfe e. V. (DUH) handelt es sich um eine Zuwendung nach §§ 23 und 44 Landeshaushaltsordnung (LHO). Dieser Zuwendung lag ein Antrag der DUH an das MU vom 25. Mai 2022 zugrunde. Es gab entsprechend keine Projektausschreibung. Am 3. Juni 2022 ist die Antragsprüfung nach VV Nr. 3.4 zu § 44 LHO im Ministerium erfolgt. Dabei wurde das erhebliche Landesinteresse festgestellt, da es bisher keine Wissens-, Erfahrungs- und Expertensammlung zum Umgang mit der Problematik Motorradlärm gab.

3. Zu welchem Zeitpunkt wurde seitens des Ministeriums die Förderung für das Projekt „Gegen Motorradlärm und zur Entwicklung kommunaler Lärminderungs-Konzepte“ positiv entschieden und dem Projektträger mitgeteilt?

Das Ergebnis der o. a. Antragsprüfung wurde der Ministeriumsleitung vorgelegt und dort vor dem Hintergrund der Ausgewogenheit und der Abwägung aller Interessen diskutiert. Es gab Rückfragen an den Antragsteller, die beantwortet wurden. Am 14. Juli 2022 wurde nach Zustimmung der Hausleitung ein Zuwendungsbescheid durch das Ministerium erlassen.

4. Wie verlief die interne Abstimmung im Ministerium über die Vergabe und die Höhe der Mittel? Gab es zur Entscheidung in Widerspruch stehende Meinungen?

Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen.

5. Seit welchem Jahr bestehen persönliche Kontakte von Minister Meyer zu den an dem Projekt beteiligten Personen, Vereinen sowie deren übergeordneten oder kooperierenden Organisationen, und bei welchen Treffen in Anwesenheit des Ministers wurde der Projektfortgang thematisiert?

Die Entscheidung zur Förderung des Projektes wurde noch von der vorangegangenen Landesregierung und nicht von Minister Meyer getroffen (siehe Frage 3).

In seiner Tätigkeit als Kreistags- und Landtagsabgeordneter kennt Minister Meyer den Verein Motorradlärm Weserbergland e. V. und einige der beteiligten Personen. Zudem wird das Thema immer

wieder im Kreistag Holzminden, dem Minister Meyer angehört, bei Veranstaltungen und Bürgerfragestunden thematisiert. Eine Übersicht zu persönlichen Kontakten vor Amtsantritt von Minister Meyer liegt der Landesregierung nicht vor.

Als Minister nahm er an einem Treffen teil, bei dem das Projekt thematisiert wurde (siehe Frage 1).

6. Handelt es sich bei dem Projektträger um den „Motorradlärm Weserbergland e. V.“, Mitglied des „Bundesverband gegen Motorrad-Lärm“, der wiederum vertreten wird durch den „VAGM e. V. Vereinigter Arbeitskreis gegen Motorradlärm“ mit Sitz in Stuttgart?

Projektträger ist die Deutsche Umwelthilfe e. V. (DUH). Die Projektabwicklung erfolgt über die Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Für die Umsetzung des Projektes haben sich der Bundesverband gegen Motorradlärm, die DUH und VAGM e. V., Vereinigte Arbeitsgemeinschaft gegen Motorradlärm, zusammengetan.

7. Ist von dem Projekt-Verein in Holzminden eine Anlaufstelle bekannt? Wurde die Förderung an die Bankverbindung des „Motorradlärm Weserbergland e. V.“ bei der Deutschen Bank Einbeck ausgereicht?

Es gibt eine Ansprechperson für dieses Projekt vom Verein Motorradlärm Weserbergland. Zahlungen im Rahmen des Projekts erfolgen ausschließlich an den Projektträger DUH und nicht an den Verein Motorradlärm Weserbergland.

8. Wie ist nach Ansicht der Landesregierung die Tatsache zu bewerten, dass sich der Projektträger vor Ort im Wahlkreis von Minister Meyer befindet?

In Niedersachsen gibt es eine besondere Betroffenheit von Motorradlärmemissionen in den Mittelgebirgen. Gefördert wurde dem Projektantrag entsprechend die Initiierung und Unterstützung eines Pilotprojektes mit Lärmschutzmaßnahmen für eine Kommune in Niedersachsen. Dabei stand die Kommune zu Beginn des Projektes noch nicht fest. Diese wurde erst im Projektverlauf konkretisiert, da hierzu Absprachen des Projektträgers insbesondere mit den Kommunen der Modellregion getroffen werden mussten. Dieser Prozess wurde vom Ministerium in keiner Weise beeinflusst und steht nicht im Zusammenhang mit dem ehemaligen Wahlkreis des Ministers. Dieser wurde erst nach der Mitteilung des Projektträgers an das Ministeriums über die Auswahl informiert.